

Die Entführung von Mahmoud Khalil ist ein faschistischer Akt – und die Universitäten müssen reagieren

Schulen in den Vereinigten Staaten haben die Wahl: ihre Studenten gegen Trump zu verteidigen oder sich an seinen Verbrechen zu beteiligen.

Dima Khalidi, 972mag.com, 11.03.25

Studentische Aufstände über Jahrzehnte hinweg – einschließlich der Bewegungen gegen die Apartheid in Südafrika, für Klimagerechtigkeit, Black Lives und jetzt Palästina – haben gefordert, dass Institutionen, an die sie zunehmend obszöne Studiengebühren und Mieten zahlen, ihre riesigen Beteiligungen an Militär, fossilen Brennstoffen, Gefängnissen, Polizei und anderen Industrien, die an Unterdrückung, Tod und Zerstörung beteiligt sind, offenlegen und abstoßen.

Am Samstag wurde Mahmoud Khalil, ein Palästinenser mit ständigem Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, der als Unterhändler aktiv war, zwischen der Columbia University und gegen den israelischen Völkermord in Palästina protestierenden Studenten, von Beamten der Einwanderungs- und Zollbehörde (*ICE*) in seiner Wohnung in Columbia und vor den Augen seiner schwangeren Frau entführt. Er wurde eilig in ein berüchtigtes Gefangenenlager in Louisiana verfrachtet. Präsident Trump feierte Khalils Verhaftung und versprach, dies sei die „erste Verhaftung von vielen, die noch kommen werden“. Am Montagabend blockierte ein Bundesrichter vorübergehend jeden Versuch, Khalil abzuschleppen, aber sein juristischer Kampf ist noch lange nicht vorbei.

Khalils Entführung hat in ihrer Grausamkeit und Unrechtmäßigkeit die Menschen im ganzen Land entsetzt. Wir sollten uns darüber im Klaren sein: So sieht Faschismus aus, und er ist Teil einer viel umfassenderen Kampagne.

Seit seinem Amtsantritt hat Trump in einer rasanten Machtergreifung, die schockieren und erschrecken soll, Dutzende von Durchführungsverordnungen unterzeichnet, von denen viele grundlegende verfassungsmäßige Rechte und bereits marginalisierte Gemeinschaften angreifen. Jetzt setzen seine treuen Kampfhunde bei der *ICE*, dem Justizministerium (*DOJ*) und anderen Behörden sie um – mit besonderem Augenmerk auf die Kriminalisierung der Studentenbewegung, die nach dem 7. Oktober auf den Universitäten in ganz Amerika zunahm, als Tausende von Studenten

und Dozenten gegen Israels von den USA unterstützten Völkermord in Palästina und die Kriege gegen den Libanon, Syrien und den Iran protestierten.

So wies Trump in einem Erlass vom 29. Januar die Regierungsbehörden an, pro-palästinensische Studenten und Mitarbeiter zu deportieren und strafrechtlich zu verfolgen, wobei er die Universitäten teilweise als Zensoren und Spitzel einsetzte. Dann kündigte die Regierung an, dass sie der Columbia-Universität 400 Millionen Dollar an Bundeszuschüssen und Verträgen streichen würde, weil sie angeblich nicht gegen Antisemitismus vorgeht, und drohte anderen Schulen mit demselben Vorgehen.

Dies sind direkte Angriffe auf das Recht der Studenten auf freie Meinungsäußerung und ihrer Kritik an der israelischen und amerikanischen Politik. Universitäten, die sich für eine sinnvolle Unterstützung ihrer Studenten entscheiden, müssten eine starke Verteidigung gegen solchen Missbrauch aufbauen. Doch zu ihrer großen Schande rollten viele Universitäten bisher den roten Teppich aus für faschistische Tendenzen und eine – von Trump und seinen Gefolgsleuten stolz geförderte – Politik, die sie schon vor seinem Amtsantritt befolgt haben.

Unter dem Druck von Politikern, Spendern, Treuhändern und pro-israelischen Lobbygruppen reagierten die meisten Universitäten auf die Studentenbewegung gegen den israelischen Völkermord mit ausuferndem antipalästinensischem Rassismus und gaben damit die Grundsätze der Redefreiheit, der akademischen Freiheit und der gemeinsamen Verwaltung auf. Sie haben ihre eigenen Studenten und Lehrkräfte der politischen Selbstdarstellung in McCarthy-artigen Kongressanhörungen, rassistischen und militarisierten Strafverfolgungsmaßnahmen und drakonischen Disziplinarverfahren geopfert. Außerhalb der normalen Verfahren verabschiedeten sie immer restriktivere Sprachregelungen und Anti-Protest-Maßnahmen.

Diese Entscheidungen konnten die Palästina-Bewegung nicht beenden. Sie haben auch Trump und seine Gefolgsleute im Kongress nicht besänftigt. Stattdessen haben sie dazu beigetragen, dass Studenten zu Hauptzielen faschistischer Repression der Regierung werden. Es gibt schließlich einen Grund dafür, dass Mahmoud Khalil auf dem Radar von Trump war. Die Columbia hatte bereits ein Exempel an ihm und anderen palästinensischen und verbündeten Studenten statuiert und sie mit immer drakonischeren Disziplinarmaßnahmen belegt, lange bevor er entführt wurde. Rechtsgerichtete Pro-Israel-Gruppen drängten Trump-Beamte öffentlich dazu, ihn ins Visier zu nehmen, ebenso wie Vorstandsmitglieder der Columbia, wie *The Forward* berichtet.

Die Columbia Universität wusste, dass Khalil bedroht war; nur einen Tag vor seiner Entführung hatte Khalil selbst der Universität mitgeteilt, er befürchte, dass „ICE oder eine gefährliche Person zu mir nach Hause kommen könnte“.

Aber es ist nicht nur die Columbia Universität, die ihre Studenten so gründlich im Stich lässt. Meine Organisation, *Palestine Legal*, erhielt seit Oktober 2023 eine Lawine von über 3.500 Anfragen

nach rechtlicher Unterstützung, viele von Studenten, konfrontiert mit Zensur von Veranstaltungen und absurden Anschuldigungen und Sanktionen für Proteste, die für studentischen Aktivismus als normal gelten.

Zu den Hunderten von Beispielen gehört, dass der Präsident des Pomona College unsere Mandanten ohne Beweise oder ein ordnungsgemäßes Verfahren suspendierte, weil sie angeblich ein Gebäude besetzt hatten. Die Polizei und die Verwaltung von George Mason setzten Studenten aufgrund von gesprühten Graffiti einer vom FBI geleiteten Hausdurchsuchung aus. Die Polizei der University of Chicago warf einen Studenten aus dem Studentenwohnheim, nachdem sie ihn bei einer Demonstration festgenommen hatte. Die Verwaltung der New York University hat Studenten suspendiert, weil sie sich während eines friedlichen Sitzstreiks in der Bibliothek aufhielten. In ähnlicher Weise bestrafte Universitäten Lehrkräfte durch Untersuchungen, Suspendierungen und Entlassungen. Die Geschichten sind endlos und erschütternd.

Da Trump immer härter gegen Palästina-Befürworter und die Hochschulbildung in den Vereinigten Staaten vorgeht, müssen die Universitäten erkennen, dass eine Kapitulation vor seinen Drohungen sie nicht aus dem Fadenkreuz der Regierung befreien wird. (Columbia hat diese Lektion bereits 400 Millionen Mal gelernt.) Vielmehr geben sie eine wichtige Arena für kritische Untersuchungen, Debatten und Widerstand ab an diejenigen, deren wichtige Agenda ist, diese zu zerstören. Die Frage ist: Werden sie ihren Kurs ändern und für die Rechte und Freiheiten der Studierenden und Dozenten kämpfen, die die Universitäten erst zu den lebendigen, vielfältigen Orten machen, wo man sich eine gerechte und lebensfähige Zukunft vorstellen und aufbauen kann? Um Letzteres zu erreichen, müssen die Universitäten einige grundlegende Veränderungen vornehmen.

Die Spitze des Eisbergs

Erstens müssen die Universitäten erkennen, wie der antipalästinensische Rassismus uns alle bedroht. Eine Manifestation des antipalästinensischen Rassismus ist die Leugnung und Ignoranz der Universitäten gegenüber dem, was der Mehrheit ihrer Studierenden und Dozenten – und der internationalen Gemeinschaft – seit über einem Jahr klar ist: dass Israel trotz des brüchigen Waffenstillstands einen Völkermord an den Palästinensern in Gaza und ganz Palästina begeht.

Die Verwaltung sollte sich eher mit dem Massenmord an Palästinensern befassen als mit der Überwachung von Protesten und Parolen aufgrund der Proteste von Menschen, die nicht glauben wollen, dass Palästinenser in ihrem Heimatland Freiheit verdienen.

Die inzwischen weit verbreitete Rhetorik, die Protestierende gegen den Völkermord wie Khalil als „Hamis-Anhänger“ abstempelt und Befürworter der Gerechtigkeit in Palästina als Terrorismus-Unterstützer und Antisemiten verunglimpft, ist ebenfalls ein Beispiel für antipalästinensischen Rassismus, der Trump einen Handlungsvorwand liefert. Gleiches gilt für die Gesetze und Maßnahmen, die Gesetzgeber und Institutionen zur Unterdrückung von Palästinensern und Befürwortern

der palästinensischen Freiheit erlassen. All dies bringt uns einer undemokratischen, faschistischen Gesellschaft näher, in der niemand mehr von uns die Macht hat, die für unser Überleben und unser Wohlergehen wichtigsten Fragen anzugehen.

Darüber hinaus ist die Zensur der Universitäten in Bezug auf Palästina nur die Spitze des Eisbergs und ebnet den Weg zur Demontage zentraler verfassungsrechtlicher und akademischer Freiheitsgrundsätze, die verhindern sollen, dass Regierung und Sonderinteressen diktieren, was gesagt und gelehrt werden darf und was nicht. Die Einführung von Maßnahmen, die eine ideologische und intellektuelle Strangulierung in Bezug auf Palästina bewirken – sie erhalten mehr parteiübergreifende Unterstützung als jedes andere Thema – liefert die Blaupause dafür, dass dasselbe mit dem Diskurs, der Wissenschaft und der Lehre zu Ethnie, Geschlecht, Klima und anderen kritischen Themen geschehen wird. Trump und seine Verbündeten haben diese bereits ins Visier genommen. Der Angriff auf Unterstützung und akademischem Aktivismus zu Palästina ist real ein Zugeständnis an die Kreuzzüge der Rechten – von der Schule bis zur Hochschulbildung – gegen ethnische Studien, *Queer Studies* und *Black Studies*.

Universitäten müssen Leben und Stimme ihrer palästinensischen und assoziierten Studenten und Dozenten wertschätzen, sie als kritische Mitglieder der Gemeinschaft einbeziehen und dem politischen Druck widerstehen, sie loszuwerden und zum Schweigen zu bringen, während sie einen live übertragenen Völkermord betrauern und dagegen protestieren. Dazu müssen sie sich an die Grundsätze der freien Meinungsäußerung und der Antidiskriminierung halten (wie das Bildungsministerium der George Washington University in einer EntschlieÙung zu einer antipalästinensischen Diskriminierungsbeschwerde im vergangenen Jahr mitteilte). Sie müssen dies nicht nur tun, weil das Gesetz es vorschreibt, sondern auch, um einen Erdbeben der Zensur zu verhindern, der die akademische Welt zerstören würde. Zweitens müssen die Universitäten die Vorstellung zurückweisen, dass die Forderungen der Studenten nach Überleben, Freiheit und Selbstbestimmung der Palästinenser eine Unterstützung des Terrorismus darstellen.

Sie müssen auch die von israelfreundlichen Gruppen verbreitete falsche Sichtweise zurückweisen, die davon ausgeht, dass Freiheit und Sicherheit für Juden nur in einem Apartheidstaat Israel auf Kosten von Freiheit und Sicherheit für Palästinenser möglich sind. Die weithin abgelehnte Verbindung des Judentums, einer religiösen und ethnischen Identität, mit dem Zionismus, einer politischen Ideologie, die in der Praxis Massenmord, Enteignung, Besetzung und Unterdrückung der Palästinenser erforderte, um Israel als „jüdischen Staat“ im historischen Palästina zu schaffen, beruht auf dieser falschen Binarität.

Diese Verquickung der Unterstützung Israels oder des Zionismus mit dem Judentum und damit die Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus ist ein zentrales Element der diskreditierten IHRA-Definition von Antisemitismus, für die sich israelfreundliche Gruppen in der Gesetzgebung und in der Hochschulpolitik einsetzen und die Trump in seinem Erlass gerade bekräftigt

hat. Aber die Definition, die die Bezeichnung Israels als „rassistisches Unterfangen“ als antisemitisch einstuft, schützt israelfreundliche Studenten nicht vor antijüdischer Diskriminierung oder Belästigung. Sie schützt sie vor ideologischer Opposition, vor jeder Störung des anerzogenen Glaubens, Israel und seine Handlungen seien für die jüdische Sicherheit notwendig.

Universitäten dürfen nicht die Idee legitimieren, ideologische Störung sei gleichbedeutend mit Diskriminierung. Trump und die weißen Rassisten, die Angriffe auf die so genannte kritische Rassen-Theorie (*CRT*) und auf Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion (*DEI*) vorantreiben, nutzen doppelte Argumentation. Sie behaupten, dass weiße Schüler durch das Unterrichten von „spaltenden Konzepten“ wie der Sklaverei geschädigt werden, weil sie sich für die Taten ihrer weißen Vorfahren schuldig fühlen, und dass es anti-weiß sei, über systemischen Rassismus zu unterrichten. Sowohl die IHRA als auch die Anti-*CRT*-/Anti-*DEI*-Bemühungen zielen nicht nur darauf ab, Pädagogen und Institutionen daran zu hindern, die rassistischen Wurzeln und Auswirkungen von Ideologien und Staaten anzuerkennen und darüber zu lehren. Perverserweise werden gerade diese Antidiskriminierungsgrundsätze zur Bestrafung herangezogen.

Die Ablehnung der Palästina-Ausnahme

Drittens müssen sich die Universitäten gegen die McCarthy-Taktiken rechter und pro-israelischer Gruppen wehren, die Red-Baiting und das politisierte Etikett des Antisemitismus benutzen, um die Ausgrenzung von Personen zu rechtfertigen, die nicht nur die Politik Israels, sondern auch die Unterstützung der USA für diese Politik ablehnen. Diese Hetze ist typisch für den Angriff der Rechten auf die Hochschulbildung im Allgemeinen.

Wie ihre McCarthy-Vorgänger dämonisieren die von Trumps Verbündeten geleiteten Kongressanhörungen und Angriffe - und das *Project Esther*-Handbuch der *Heritage Foundation* für die neue Regierung – Befürworter der palästinensischen Freiheit als „unamerikanisch“, kommunistisch und unpatriotisch. Um die durch den Ersten Verfassungszusatz geschützten Rede- und Versammlungsrechte von Pro-Palästina-Aktivist*innen zu umgehen, schlägt *Project Esther* vor, Aktivismus mit Hilfe von Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung, Hassrede, organisiertem Verbrechen und Einwanderung zu kriminalisieren, unter anderem durch die Abschiebung von studentischen Aktivist*innen, die keine Staatsbürger sind. Trumps Durchführungsverordnungen ermächtigen die Bundesbehörden, genau solche Maßnahmen zu ergreifen.

Um zu verstehen, was auf dem Spiel steht, muss man sich nur fragen: Wenn es Studenten und Akademikern verboten ist, die offenkundig kriminellen Handlungen einer ausländischen Regierung zu hinterfragen, wie steht es dann mit ihrer Fähigkeit, die Handlungen unserer eigenen Regierung zu hinterfragen – gerade dann, wenn dieses Recht verstärkt ausgeübt und geschützt werden muss? Anstatt die Arbeit der Zensoren für sie zu erledigen, müssen die Universitäten eine rassistische „Palästina-Ausnahme“ bei den Gesetzen zur Meinungsäußerung und Antidiskriminierung, die

nichts als ein trojanisches Pferd für den zunehmenden Autoritarismus sind, entschieden ablehnen. Stattdessen müssen die Universitäten die freie Meinungsäußerung und die akademische Freiheit energisch und unvoreingenommen schützen, auch indem sie die Verfolgung ihrer eigenen Studenten wegen israelkritischer Äußerungen einstellen. Und sie müssen die Zusammenarbeit mit ICE und anderen Regierungsbehörden und Kongressuntersuchungen verweigern, die darauf abzielen, die Universitäten zu stillem Gehorsam zu zwingen.

Schließlich müssen sich die Universitäten mit ihrer historischen und gegenwärtigen Rolle in unterdrückerischen und zerstörerischen Systemen auseinandersetzen, einschließlich derer, die an Israels Völkermord in Gaza und der anhaltenden Unterdrückung der Palästinenser beteiligt sind. Studentische Aufstände über Jahrzehnte hinweg – einschließlich der Bewegungen gegen die Apartheid in Südafrika, für Klimagerechtigkeit, Black Lives und jetzt Palästina - haben gefordert, dass Institutionen, an die sie zunehmend obszöne Studiengebühren und Mieten zahlen, ihre riesigen Beteiligungen an Militär, fossilen Brennstoffen, Gefängnissen, Polizei und anderen Industrien, die an Unterdrückung, Tod und Zerstörung beteiligt sind, offenlegen und abstoßen. Die Universitäten sind diesen Forderungen bereits früher nachgekommen und müssen dies auch jetzt tun, indem sie den Drohungen trotzen, Desinvestition durch unanwendbare und verfassungswidrige staatliche Gesetze zu bestrafen.

Letztendlich können wir die Demokratie nur schützen, indem wir sie verwirklichen, nicht indem wir autoritäre Tendenzen widerspiegeln. Um all dies zu tun und Trumps reaktionärer Agenda im weiteren Sinne zu widerstehen, müssen wir die zunehmende Korporatisierung und Zentralisierung ablehnen, die die Universitäten anfällig für politischen und finanziellen Zwang gemacht hat. Wenn sie sich die demokratischen Praktiken der gemeinsamen Regierungsführung zu eigen machen, sind sie in der Lage, den beispiellosen Angriffen zu widerstehen und die Rechte der Lehrkräfte und Studierenden zu schützen.

Wie in vergangenen Epochen nationaler und globaler Umwälzungen sind die Studierenden die Vorboten unbestreitbarer politischer Veränderungen. Die Universitäten sollten ihre Rolle als Vermittler dieser Veränderungen annehmen, anstatt als Handlanger einer Trump'schen Agenda ihren eigenen Ruin herbeizuführen. Tun sie das nicht, werden wir nur sie allein für ihre Mitschuld an der politischen Verfolgung von Mahmoud Khalil und den vielen anderen, die wegen ihres politischen Dissens verfolgt werden, verantwortlich machen können.

Dima Khalidi ist Gründerin und Direktorin von Palestine Legal, einer Organisation, die sich für den Schutz der Bürger- und Verfassungsrechte von Menschen in den USA einsetzt, die sich für die Freiheit der Palästinenser einsetzen.

Quelle: <https://www.972mag.com/mahmoud-khalil-arrest-columbia-university/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de